



Der Menschenrechtsbeirat  
der Stadt Graz

Graz, am 16.09.2021  
MR-BEIRAT\_AG\_WKM 2021/KS/WT/18

## **Menschenrechtliche Wahlkampfbeobachtung der Grazer Gemeinderatswahl 2021**

### **Erste Bewertung der Arbeitsgruppe des Grazer Menschenrechtsbeirates im Auftrag des Gemeinderates und des Stadtsenates**

Der Grazer Menschenrechtsbeirat hat im Gemeinderatswahlkampf insgesamt **21 unterschiedliche Themenbereiche** identifiziert, die von **14 wahlwerbenden** Parteien und Initiativen diskutiert werden. Diese Themen werden in **7 Hauptthemenbereiche** nach den Kriterien der menschenrechtlichen Bedeutsamkeit, der Frequenz und der kommunalpolitischen Relevanz zusammengefasst. Der vollständige Bericht ist über die analysierten Themen und Diskurse abrufbar unter <http://wahlkampfbarometer-graz.at/>.

### **Menschenrechtliche Diskurse und Ampelbewertung**

#### **1. Recht auf angemessenen Wohnraum**

**Grün** wird der gesamte Diskurs zum Recht auf angemessenes Wohnen aus menschenrechtlicher Sicht bewertet. Alle Aspekte des Rechts auf angemessenen Wohnraum werden angesprochen, insbesondere zum bedarfsorientierten Wohnraum.

**Gelb.** Der von der FPÖ geforderte Heimvorteil für Grazer:innen im Zugang zu Gemeindewohnungen ist menschenrechtlich bedenklich unter den gegebenen Umständen einer stark wachsenden Stadt und knappen verfügbaren und leistbaren Wohnraums. Von der vorgeschlagenen Regelung ist eine große Gruppe an Menschen betroffen.

#### **2. Soziales und Gesellschaft**

**Grün.** Die Diskurse zum **gesellschaftlichen Zusammenhalt**, Positionen zu Nicht-Diskriminierung und **sozialer Sicherheit** der ÖVP, KPÖ, Grüne, SPÖ zeigen ein positives Verständnis zu Vielfalt und zur Absicherung auch der schwächeren Mitglieder der Gesellschaft. Über Zugang, Leistbarkeit, Verfügbarkeit, Qualität von **Gesundheitsleistungen** werden die Diskurse von KPÖ, FPÖ, SPÖ, ÖVP, Piraten, ebenso wie die Diskurse zu **Alter und Generationen** (KPÖ, FPÖ, FBP) als menschenrechtsfördernd in ihren sachlichen Aspekten bewertet. Ausnahme auch hier die Benachteiligung von Ausländer:innen seitens FPÖ bzw. FBP. Eine **Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sowie Kinderbetreuung** wird von allen Parteien gefordert und mit grün bewertet. KPÖ, Grüne, SPÖ, ÖVP führen menschenrechtsfördernde Diskurse zu angemessenen Rahmenbedingungen und Vergütung von **Arbeit**. Insbesondere wird auch die Inklusion von Menschen mit Behinderung (SPÖ, ÖVP, KPÖ) angesprochen. Dasselbe gilt für die **Bildung** (Zugang, Teilhabe, Qualität), hier wird nur von SPÖ und KPÖ auch die Inklusion von Menschen mit Behinderung thematisiert.

#### **3. Kinder und Jugendliche**

**Grün.** Die Diskurse zur **kinderfreundlichen Stadt**, der **Partizipation** von Kindern und Jugendlichen (SPÖ, Piraten, Grüne, ÖVP, KPÖ) und zu Zugang, Teilhabe, Leistbarkeit, und Qualität von **Bildung** werden insgesamt positiv bewertet. Zur Präferenz der FPÖ für Inländer:innen siehe 7.

#### 4. Frauen

**Grün.** **Gleichstellung** in der Arbeitswelt, der Politik, in Wirtschaft und Verwaltung werden von ÖVP, SPÖ, Grüne, KPÖ gefordert und mit konkreten Umsetzungsvorschlägen versehen. **Gewaltschutz** und Prävention wird von KPÖ, SPÖ, Grüne, Piraten, FPÖ, Satirepartei thematisiert. **Repräsentation** (Öffentlicher Raum, Sprache) wird von SPÖ und Grüne diskutiert.

**Gelb.** Die FPÖ lehnt geschlechtergerechte Sprache ausdrücklich ab. Da diese Forderung auch Auswirkungen auf die Sprachregelung der öffentlichen Hand hat, stellt die Ablehnung eine Teilhabeverweigerung dar.

#### 5. Demokratie, Transparenz und Partizipation

**Grün.** Die Diskurse über **Bürger:innenbeteiligung, Recht auf Information, Transparenz** sowie **Datenschutz und eGovernment** werden als menschenrechtsrelevant eingestuft.

**Gelb.** Die Forderung der FPÖ zur Einschränkung der Versammlungsfreiheit auf Geschäftszeiten ist nicht verhältnismäßig und nicht notwendig in der Demokratie. Diese Forderung hätte in ihrer Umsetzung eine Einschränkung der in der Verfassung abgesicherten Grundrechte und Freiheiten zur Folge.

#### 6. Stadtplanung, Verkehrspolitik, Klimaschutz, öffentlicher Raum

**Grün.** In unterschiedlichen Aspekten werden Themen um das Recht auf angemessenen Wohnraum angesprochen und diskutiert. Die sachlichen Forderungen und Vorschläge sind hier nicht zu bewerten, die Vorschläge sind aus menschenrechtlicher Sicht als eindeutig menschenrechtsfördernd zu bewerten. Die Ausnahme sind Äußerungen, in denen für bestimmte Zielgruppen Teilhabe und Zugang ausgeschlossen werden, diese werden unter 7. bewertet.

#### 7. Migration, Integration und Staatsbürger:innenschaft

**Grün.** Die Diskurse zu **Integration von Menschen mit Migrationserfahrung oder Migrationsbiografie sowie deren gesellschaftlicher und politischer Teilhabe** über entsprechende Sozialleistungen, Bildungsangebote, Zugang zu Wohnraum, kulturelle Rechte der Parteien ÖVP, KPÖ, SPÖ, Grüne, NEOS und Piraten sind vom Verständnis geprägt, dass die Stadtgesellschaft alle Menschen umfasst und soziale Resilienz nur in einem von Teilhabe geprägten Miteinander funktionieren kann. Soweit einer Bewertung zugänglich, lautet diese grün.

**Gelb.** FPB, THC und FPÖ führen Diskurse, die oben beschriebene Haltung nicht teilen, sondern davon ausgehen, dass gesamtgesellschaftliche Politik inländerdiskriminierende Politik sei. Sie propagieren eine ethnische Konstruktion von „Wir-und-die-anderen“. Sachpolitikthemen werden nur scheinbar behandelt, sie verweisen thematisch darauf, dass nicht allen alle Rechte zustehen. Ausländer:innen werden als kriminell pauschaliert. Muslime werden als religiös motiviert extremistisch verallgemeinert. Sämtliche Themen und Diskurse im Kontext von Integration und Migration sind abwertend und ausschließend. Darüber hinaus ist bei diesen Parteien in ihren Publikationen eine aggressive Bildsprache zu finden.

**Rot.** Der von der FPÖ in der zweiten Plakatserie aufgebrachte Diskurs „Heimvorteil“ erfüllt sämtliche Kriterien eines **Wahlkampfes auf Kosten von Menschen**. Der Diskurs ist kommunalpolitisch nicht relevant. Er ist abwertend und ausgrenzend. Er bedient rassistische Haltungen aus dem Motiv der Stimmenmaximierung. Der Menschenrechtsbeirat sieht wesentliche Kriterien zur Beurteilung mit einer roten Ampel als erfüllt an (Konstruktion von Minderwertigkeit bestimmter Gruppen, Ableitung von benachteiligenden Maßnahmen bzw. Herleitung von Privilegien für die „eigene“ Gruppe, Erzeugung von Vorurteilen, bildhafte „Entmenschlichung“ von Menschen). Der Diskurs wird mit Absicht und wissentlich geführt und ist einer breiten Öffentlichkeit zugänglich. Er ist in seiner Absicht den Adressaten eindeutig erkennbar. Der Diskurs „Heimvorteil“ der FPÖ ist geeignet, Hass zu erzeugen und den sozialen Frieden zu gefährden. Er verletzt das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung aller Formen von Rassendiskriminierung durch die Präferenz für eine ethnische Gruppe in der Verwirklichung von Menschenrechten wie Zugang zu Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Bildung und sozialer Sicherheit.

**Der Diskurs „Heimvorteil“ ist von der Arbeitsgruppe Wahlkampfmonitoring des Grazer Menschenrechtsbeirates aufgrund der dargelegten Gründe mit einer roten Ampel zu bewerten.**